

Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen?

Impulse durch das Konzept der Sozialen Orte als Infrastruktur des Zusammenhalts

Sarah Herbst, Maike Simmank und Berthold Vogel

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Soziale-Orte-Konzept (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022) im Kontext sozialräumlicher Nachhaltigkeit. Den Ausgangspunkt bildet die Konfliktlinie um *gleichwertige Lebensverhältnisse* (I.), einem Sozialstaatsprinzip, welches auf die Reduzierung von Ungleichheit und die Herstellung von Gerechtigkeit in räumlicher Hinsicht abstellt. In der Praxis allerdings verändern infrastruktureller Rückbau, Abwanderung und Alterung in gravierender Weise lokale Lebenswirklichkeiten und Sozialbeziehungen. Das *Soziale-Orte-Konzept* (II.) setzt an diesem Punkt an und richtet einen neuen Blick auf Gemeinden und Regionen. Neben weiteren positiven Faktoren erhalten und schaffen Soziale Orte Begegnungs- und Kommunikationsorte, was unter Aspekten *sozialer Nachhaltigkeit* (III.) unerlässlich ist. Denn: Kleinstadt und ländlicher Raum zählen – in politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht (IV.).

Gleichwertige Lebensverhältnisse?! Politisches Versprechen und sozialräumliche Realitäten

Die Zukunft von Regionen und Landstrichen ist nicht nur in ökologischer Hinsicht umkämpft. Die Frage, wo die nächste Windkraftanlage oder der nächste Solarpark errichtet wird, um erneuerbare Energien als Maßnahmen gegen den Klimawandel auszubauen, adressiert hauptsächlich ländliche Räume. Neben ökologischen Themen ist der ländliche Raum auch mit Zukunftsfragen in sozialer Hinsicht konfrontiert: Abwanderung, Alterung, Migration und die Fragmentierung der Arbeitswelt provozieren räumliche Disparitäten und Differenzenerfahrungen. Die davon ausgehenden Effekte befördern sozialräumliche Entwicklungen und führen zu sich verhärtenden Diskrepanzen zwischen Stadt und Land (vgl. hierzu den Beitrag von Kerker in diesem Band). Aber auch innerhalb von Regionen, zwischen Kommunen und benachbarten Stadtteilen verschärfen sich soziale, strukturelle und ökonomische Ungleichheiten. Eine Reihe von Studien und Gutachten, wie beispielsweise der Teilhabeatlas Deutschland oder der Disparität-

ten Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, dokumentieren eindrucksvoll, dass die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik immer weiter auseinanderdriften (vgl. Fink/Hennicke/Tiemann 2019; Fina et al. 2019; BMI 2019; Hütther et al. 2019; Berlin-Institut 2019). Während urbane Ballungsräume boomen, an Einwohner:innen wachsen und dort die Mietpreise in die Höhe schnellen, entwickeln sich zahlreiche ländliche Regionen zu demografisch und in ihren Sozialmilieus homogenen Räumen, die von sichtbarem Leerstand geprägt sind. In der Folge schwindet in schrumpfenden Räumen die wirtschaftliche Energie, was sich negativ auf die Haushaltslagen von Gemeinden und Landkreisen auswirkt. Sinkende Landeszuweisungen führen zu finanziellen Schiefen, worauf mit Leistungsstreichungen und infrastrukturellem Rückbau geantwortet wird (vgl. Berlin-Institut 2019: 27). Dort, wo hohe Abwanderungsraten und eine stark alternde Bevölkerung gesellschaftliche Wirklichkeit darstellen, wächst das Gefühl der Zukunftslosigkeit. Ausgedünnte öffentliche Verkehrsnetzwerke, wegbrechende Freizeitangebote und kleiner werdende oder aufgelöste Vereine prägen das Lebensgefühl. Noch mehr Menschen verlassen in der Folge die Region. Den Dableibenden stellt sich die Frage, ob und wie sie ihr Leben auf Dauer und *nachhaltig* an diesem Ort bestreiten können. So hat sich als Wirkungsgeflecht aus demografischem Wandel, Wanderungsbewegungen und Strukturrückbau in manchen peripheren Regionen eine Abwärtsspirale verselbstständigt, die in »kalter Deinfrastrukturalisierung« mündet (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2012).

Der infrastrukturelle Rückbau in Schrumpfungsregionen verändert in gravierender Weise lokale Lebenswirklichkeiten und Sozialbeziehungen. Mit der Abwicklung und dem Abbau von lokalen Verwaltungseinrichtungen, Kreditinstituten, Schulen und Arztpraxen brechen die lokalen Trägergruppen und Milieus des Engagements weg, die sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Regionen, Kleinstädte, Dörfer und Stadtquartiere verlieren ihre soziale Mitte und zudem ihr zukünftiges demografisches und wirtschaftliches Potenzial (vgl. Vogel 2017). Der sukzessive Abbau öffentlicher Güter ist auch immer ein Verlust an Orten der Begegnung und der gesellschaftlichen Teilhabe – und deshalb ein Gefährdungsmoment des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Eine verfassungsrechtliche Antwort auf ungleiche räumliche Ausstattung ist das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Hiernach ist es eine öffentliche Aufgabe, den in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort eine bestimmte Grundversorgung mit öffentlichen Gütern zur Verfügung zu stellen. Jede Person soll Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge und Infrastrukturen haben, die ihren sozialen Bedürfnissen angemessen sind. Dieses zentrale Versprechen garantiert Teilhabe, Chancengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2019: 4). Dabei ist hervorzuheben, dass es bei der Forderung nach »gleichwertigen Lebensverhältnissen« keinesfalls um die Vereinheitlichung oder Angleichung des ländlichen Raums an urbane Verhältnisse geht. Gleichwertigkeit bedeutet nicht, dass öffentliche Güter oder Leistungen der Daseinsvorsorge überall dieselbe Form haben. Es geht um dieselben Funktionen. Sozialräumliche Unterschiede sind Ausdruck der Vielfalt des Landes, die unterschiedliche Lebenskonzepte und -umfelder ermöglicht. Die Präferenz für einen ländlichen Wohnraum darf jedoch nicht mit der Furcht vor gesellschaftlicher Benachteiligung oder Teilhabeverlust einhergehen.

Soweit der normative Leitgedanke. Mit Blick auf die vorzufindenden räumlichen Disparitäten kann in zahlreichen Regionen von gleichwertigen Lebensverhältnissen je-

doch kaum die Rede sein. Mehr als 13,5 Millionen Menschen in Deutschland leben in Regionen mit (Infra-)Strukturproblemen, die durch hohe kommunale Verschuldung, schwerwiegende Defizite in der örtlichen Infrastruktur, geringere Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven bis hin zu hoher Armutsgefährdung für Kinder und ältere Menschen gekennzeichnet sind (vgl. Fink/Hennicke/Tiemann 2019: 14). Besonders stark betroffen sind die ländlichen Räume ostdeutscher Landkreise, die im Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung als »ländlich geprägte Regionen in der dauerhaften Strukturkrise« klassifiziert sind (ebd.: 9f.). Zudem lassen sich beispielsweise Cluster im Ruhrgebiet, Saarland, Rheinland-Pfalz oder Nordhessen identifizieren, die sich mehr und mehr von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung der Lebensverhältnisse entfernen (vgl. BBSR 2017; vgl. Kersten/Neu/Vogel 2019: 7). Viele der davon betroffenen Kommunen und Gemeinden können den Negativentwicklungen aufgrund geringer Haushaltsbudgets und Sparzwängen aus eigener Kraft kaum gegensteuern. Die zunehmende und in erheblichem Maße vorhandene Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland geht über die materielle Verteilung von Infrastrukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge hinaus: Die Zukunftsfähigkeit des eigenen Lebensmittelpunktes wird auch anhand anderer Faktoren auf den Prüfstand gestellt. Wie weit die nächste Apotheke entfernt ist oder ob es eine Hausärztin in der Nähe gibt, sind genauso bedeutungsvolle Themen wie die Frage, *wer* außer einem selbst in den Regionen wohnt (und dort bleibt). Wie nachhaltig ein Ort sozial aufgestellt ist, ob es Jugend gibt, die Zukunft verspricht und welche lokale Gemeinschaft in Vereinen, Kirchgemeinden, aber auch lokalen Handwerksbetrieben (noch) anzutreffen ist, wird mit der Raumfrage immer auch bewertet und beantwortet.

Darüber hinaus ist das Gleichwertigkeitsversprechen als basales Element der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein wesentliches gesellschaftliches Integrationsmoment. Doch je weiter regionale Disparitäten und soziale Ungleichheiten wachsen, desto ungleichwertiger werden die Lebensverhältnisse der Menschen. Das Vertrauen in staatliche Institutionen schwindet, der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. Daher braucht es neue (Infra-)Strukturen und Institutionen, die konstruktiv auf die aktuellen Herausforderungen reagieren und *Sozialräume nachhaltig* stärken. An dieser Stelle setzt das Soziale-Orte-Konzept (SOK) an, das sich als ein konzeptioneller Vorschlag im Rahmen einer übergeordneten Politik des Zusammenhalts versteht (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022).

Das Soziale-Orte-Konzept als innovativer Ansatzpunkt

Neben Regression und Rückbau legen Forschungen in ländlichen Räumen auch positive und hoffnungsfrohe Entwicklungen offen: Gerade in peripheren, ökonomisch angeschlagenen und demografisch *alten* Regionen fehlt es nicht an Zukunftsperspektiven. Vielmehr lassen sich – gegen jede statistisch begründete Intuition – in auf den ersten Blick »schwierigen« Regionen auch gegenläufige Trends beobachten. In unseren Studien in der räumlichen Peripherie treffen wir nicht selten auf eine geradezu beeindruckende *Transformationsenergie*. Wir treffen hier auf Akteure, die aus der Not mehr als eine Tugend machen und ihre eigenen lokalen Antworten auf infrastrukturelle Lücken

finden: *Soziale Orte* sind eine dieser Antworten, die ein Gegengewicht zu Leerstand und Schrumpfungstendenzen bilden und den Zusammenhalt in Regionen nachhaltig stärken.

Bevor die *Sozialen Orte* näher umrissen werden, blicken wir zunächst auf das Konzept, deren Namensgeber sie sind¹: Das Soziale-Orte-Konzept richtet einen neuen Blick auf Gemeinden und Regionen. In begrifflicher Anspielung auf das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept ist es keinesfalls als dessen Substitut zu betrachten, sondern als eine notwendige und innovative Blickerweiterung der Raumplanung. Denn dem raumplanerischen Zentrale-Orte-Konzept, das die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen sicherstellen soll, gelingt es immer weniger, den infrastrukturellen Rückbau in Schrumpfungsregionen hinreichend abzufedern oder die infrastrukturelle und soziale Segregation städtischer Quartiere in Wachstumsregionen zu mildern. Während das vertikal ausgerichtete Zentrale-Orte-Konzept Orte anhand von Bevölkerungszahlen, geographischer und wirtschaftlicher Lage sowie Infrastrukturausstattung hierarchisch in Grund-, Mittel- und Oberzentren unterteilt, nimmt das Soziale-Orte-Konzept explizit die (horizontal gelagerten) Einflussfaktoren auf sozialen Zusammenhalt in den Blick. Die Perspektive auf aktive, handelnde Personen spielt dabei eine sehr zentrale Rolle. Das Soziale-Orte-Konzept ist stark akteursorientiert, denn die Forschungserfahrung zeigt, dass es gerade in lokalen Kontexten immer wieder auf die Impulse einzelner Personen oder Personengruppen ankommt. Sie schaffen bzw. bewahren Strukturen, die Soziale Orte ermöglichen.

Durch eine Bewertung der Gemeinden nicht nur nach wirtschaftlichen oder demografischen Größen, sondern ergänzend auch nach ihrer Kohäsionskraft (robust, resilient, riskant), entsteht im Rahmen des Soziale-Orte-Konzepts ein konkreteres Bild der Ressourcen und Potenziale von Gemeinden, Quartieren und Regionen (vgl. Herbst et al. 2020).

Die Bewertung von Regionen im Sinne des Soziale-Orte-Konzepts führt zu einer neuen Einordnung von Regionen. Statt eines Mappings von Verlust- und Gewinnregionen, sensibilisieren Soziale Orte für Unerwartetes. Sie sind auch ein Entdeckungsinstrument. So finden sich in Schrumpfungsregionen durchaus resiliente Gemeinden, die innovative Lösungen für neue Herausforderungen entwickeln, sei es durch die Etablierung neuer Mobilitätsangebote oder durch eine innovative Eingliederungspolitik von geflüchteten Menschen, aber auch durch kreative Unterstützungsangebote für Personen, die wirtschaftlich nur schwer über die Runden kommen. Umgekehrt lassen sich in Wachstumsregionen auch riskante Stadtbezirke und Orte finden, die sozial und wirtschaftlich den Anschluss verloren haben. Die neue Kartografie des sozialen Zusammenhalts muss Ressourcen und Potenziale aufzeigen, aber auch auf Schwachstellen und Unterstützungsbedarf von Gemeinden und Regionen hinweisen. Dies kann der Ausgangspunkt für die Entwicklung von Gemeinden im Sinne gleichwertiger Lebensver-

1 Wer sich ausführlicher mit dem Projekthintergrund des Sozialen-Orte-Konzepts befassen möchte, empfehlen wir die transferorientiert aufbereitete Broschüre, die mit viel Bildmaterial weiterführende Einblicke in das Projekt und das Konzept liefert: https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Sarah_Herbst/SOK-Magazin_final.pdf

hältnisse, der Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen starken und schwachen Kommunen sein.

Das Soziale-Orte-Konzept ist aber nicht nur eine Strukturbeschreibung sozialer Beziehungen. Dieses Konzept plädiert für eine veränderte Wahrnehmung sozialen Zusammenhalts, in der die lokalen Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Privatwirtschaft eine systematische Berücksichtigung auch in der Darstellung und Planung räumlicher Einheiten finden. Dabei nimmt das Soziale-Orte-Konzept in den Blick, wie Dörfer, Gemeinden oder Regionen zivilgesellschaftlich repräsentiert werden, ob und wie sich vor Ort mit Zukunftsfragen auseinandergesetzt wird, ob Kooperationsbeziehungen nach innen und außen gesucht und Netzwerke gebildet werden und natürlich, ob Soziale Orte zu finden und welche Unterstützungsstrukturen in den Regionen gegeben sind. Zentral ist dabei, dass das Konzept Sozialer Orte auf eine sozial-räumliche Nachhaltigkeit ausgelegt ist. Es geht um die nachhaltige Stärkung von Regionen durch die Etablierung neuer (sozialer) Infrastrukturen, die aus der Gesellschaft hervorgehen und eine Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt begründen. Gelingen kann dies mit Sozialen Orten.

Soziale Orte als Impulsgeber für Zusammenhalt und Nachhaltigkeit

Um das theoretische Konzept in die Praxis zu holen, gilt es zunächst darzustellen, was unter Sozialen Orten zu verstehen ist: Soziale Orte sind infrastrukturelle Kristallisationspunkte gesellschaftlichen und räumlichen Zusammenhalts, die sich in und durch spezifische(n) Akteur:innenkonstellationen – Kommunen, Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft – konstituieren und organisieren. Sie stärken die Wahrnehmung kollektiver Selbstwirksamkeit bei den beteiligten Akteur:innen und schaffen bzw. erhalten Begegnungs- und Kommunikationsorte – und damit eine Basis sozialer Nachhaltigkeit. In ihrer Gestalt müssen sie nicht zwingend ein physischer Ort sein, sondern können sich auch als Netzwerke und Initiativen formieren, die lokale Prozesse anstoßen und über sich selbst hinausweisen. Ihre Basis bilden die Ressourcen, die Potenziale und das Engagement von Bürger:innen im Konkreten sowie von Regionen, Gemeinden oder Bezirken im Allgemeinen. Ihnen gehen zivilgesellschaftliche Ideen, ehrenamtliche Initiativen oder Konzepte voraus, die gegen den Trend denken und so auf kreative und innovative Weise regionale Handlungsspielräume ermöglichen. Gleichwohl sind diese Sozialen Orte auf bestimmte institutionelle Voraussetzungen und Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie entstehen und stabilisiert werden können. Fünf Punkte sind hier zu nennen:

Erstens sind sie auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und eine leistungsfähige Verwaltung angewiesen. Es bedarf eines öffentlichen Rahmens, rechtlicher Sicherheiten und einer gewährleistenden Verwaltung. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen oder ohne öffentliche Strukturen, sondern mit ihnen.

Zweitens ist die Möglichkeit entscheidend, nicht nur ein Projekt zu installieren, sondern einen Prozess zu initiieren, da es nicht darum geht, immer wieder befristete Projekte zu ermöglichen, sondern Prozesse in Gang zu setzen, die nachhaltig nach dem

Vorsorgeprinzip wirken können. Ein Wandel der Förderpolitik weg von der Projekt- hin zur Prozessförderung ist hier überfällig.

Für die Initiierung und Stabilisierung Sozialer Orte sind *drittens* überdurchschnittlich engagierte und innovationsfähige Akteure erforderlich. Zum Ehrenamt kann man niemanden zwingen, aber ermutigen! Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur die Hände in den Schoß legen, brauchen Wertschätzung und Freiräume.

Ein weiterer zentraler Punkt ist *viertens* die Offenheit in der Verwaltung für partizipative Prozesse und innovative Kooperationen. In der Entwicklung Sozialer Orte kann es zu Konflikten kommen, die keineswegs destruktiv sein müssen, sondern vielmehr produktive Effekte für die jeweiligen Orte und Regionen haben können. Hilfreich wäre es, die Verwaltung als wichtige Partnerin bei der Produktion von Zusammenhalt *auf dem Schirm* zu haben und ihre Rolle als demokratische Infrastruktur anzuerkennen.

Schließlich benötigen Soziale Orte *fünftens* überregionale Aufmerksamkeit und Einbindung. Nur dann funktionieren sie und entwickeln sich nicht zu Repräsentanten für lokale Engstirnigkeit und Kirchturmpolitik. Soziale Orte sind netzwerkbedürftig und benötigen Anerkennung über den engeren lokalen Zusammenhang hinaus.

Die genannten Punkte unterstreichen, dass Soziale Orte nicht einfach aus freien Stücken oder alleine auf der Grundlage eines *guten Willens* entstehen. Vielmehr sind sie das Ergebnis vorhandener lokaler Ressourcen – Infrastruktur, Verwaltungskompetenz, bürgerschaftliches Engagement –, die in unterschiedlichem Umfang und Stärke vorhanden sein können. Insgesamt gehen von Sozialen Orten positive Impulse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Nachhaltigkeit aus. Hier können folgende Punkte hervorgehoben werden:

Soziale Orte stärken die Wahrnehmung kollektiver Selbstwirksamkeit bei den beteiligten Akteur:innen; sie schaffen bzw. erhalten öffentliche Räume der Begegnung und Kommunikation; der integrierende, offene Charakter Sozialer Orte fördert die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sowie mit Personen aus Verwaltung, lokaler Wirtschaft, Kommunalpolitik und regionalen Wohlfahrtsorganisationen; mit und über Soziale Orte werden Zukunftsperspektiven formuliert. Zum Beispiel regt die Beschäftigung mit dem Soziale-Orte-Konzept Diskussionen in der Gesellschaft über die Frage an, wie sinnvoll und notwendig die Präsenz öffentlicher Güter und Infrastrukturen in der Fläche ist; weiterhin macht das Soziale-Orte-Konzept auf die Relevanz räumlicher Fragen aufmerksam. Es fördert das Bewusstsein, dass insbesondere Kleinstadt und ländlicher Raum zählen. Für die gesellschaftliche Zukunft spielen sie eine zentrale Rolle. Und schließlich: *Soziale Orte schaffen sozialräumliche Nachhaltigkeit*. Gerade ländliche, strukturschwache Räume benötigen sozial nachhaltige Strukturen, die sowohl materielle als auch immaterielle Komponenten beinhalten. Hierbei lassen sich verschiedene Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit ländlicher Räume identifizieren: Entscheidend sind neben den a) politischen Rahmenbedingungen, b) dem demografischen Wandel, c) den wirtschaftlichen Entwicklungen, d) den ökologischen Anforderungen auch e) die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Region: Hier setzen Soziale Orte an, weil sie für Partizipation stehen und soziale Beziehungen stärken. Als Orte der Begegnung und der Kommunikation bilden Soziale Orte Fundamente einer sozialräumlichen Stabilität. Sie stellen neue Verknüpfungen her und stärken alte Verbindungen – zwischen Menschen, zwischen Akteursgruppen, zwischen Orten. Durch das

Miteinander in Beziehung treten wird entlang des Bottom-Up-Prinzips ein Gemeinschafts- und ein Selbstwirksamkeitsgefühl erzeugt – für die lokale Gesellschaft eine zentrale Komponente der Erfüllung sozial nachhaltiger Entwicklung.

In den skizzierten Kontexten und Effekten ermöglichen Soziale Orte Einbindung und Mitbestimmung in lokale Entwicklungen, denn sie reagieren auf lokale Bedarfe und sozialräumliche Mangelsituationen. Wenn Infrastrukturen oder Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge fehlen, können sie Abhilfe verschaffen. Durch und anhand Sozialer Orte entwickeln sich öffentliche Räume, Gelegenheitsstrukturen und Vernetzungsmöglichkeiten, »an denen Menschen zusammenkommen und ihr Umfeld gestalten« (Kersten/Neu/Vogel 2019: 9). Es sind Orte und Infrastrukturen, die die Engagementbereitschaft der Menschen stärken, demokratische Prozesse vor Ort am Leben halten und sozialen Zusammenhalt produzieren.

Die Zukunftsfragen spielen auf dem Land

Räumliche Disparitäten wachsen. Auf dem Land, aber auch in den Städten driften Lebensverhältnisse auseinander. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht in Frage. Zugleich vereinfachen die üblichen Unterscheidungen wie Ost und West, Stadt und Land, Zentrum und Peripherie die gesellschaftlichen Verhältnisse und helfen nicht, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verstehen. Einen Ansatzpunkt, sich auf die Suche nach gesellschaftlicher Wirklichkeit zu machen, haben wir in diesem Beitrag vorgestellt: Vom Lokalen und von konkreten Sozialen Orten her Gesellschaft denken. Soziale Fragen sind lokale Fragen, die sich in und an konkreten Orten materialisieren bzw. dort zur Diskussion gestellt werden (vgl. Simmank/Vogel 2022). Die durch die Pandemie offengelegte Vulnerabilität des sozialen Gefüges – in der Arbeitswelt, in der Bildung, im Gesundheitswesen, in den Familien – braucht mehr denn je Soziale Orte, die im lokalen und kommunalen Kontext Infrastrukturen des Zusammenhalts ermöglichen und diese nachhaltig sichern und gewährleisten.

Die aktuelle Entwicklung, die nicht nur die Notwendigkeit der Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise in Richtung Klimagerechtigkeit und Dekarbonisierung unterstreicht, sondern auch Fragen der Versorgungssicherheit mit lebensnotwendigen Infrastrukturen (von der Energieversorgung über den Arbeitskräftemangel bis hin zur Wasserversorgung) auf die Tagesordnung setzt, schafft Verteilungskonflikte. Prozesse sozialer, ökonomischer und kultureller Ungleichheiten, die bereits seit längerem wirken und sozialräumliche Polarisierung fördern (vgl. Vogel 2017: 21), gewinnen nochmals an Schärfe. Soziale Orte können hier Trends bremsen oder gar umkehren (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022).

Vieles spricht dafür, dass der ländliche Raum mit Blick auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aber auch hinsichtlich der Perspektiven auf die sozialräumlich nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft, eine Schlüsselrolle spielen wird. Ländliche Räume, Dörfer und Kleinstädte nur unter dem Blickwinkel der Peripherie zu betrachten, ist unzureichend und auch empirisch falsch. Im ländlichen Raum entscheidet sich die Energiewende, die Zukunft von Ernährung und Landwirtschaft oder die Frage der lebensnotwendigen Biodiversität. Zudem werden im ländlichen Raum entscheidende

Weichen für das Generationenverhältnis im demografischen Wandel gestellt, und auch die Zukunftsfähigkeit demokratischer Strukturen hängt nicht zuletzt an der Frage, ob die Menschen auch jenseits der Metropolen den Eindruck haben, dass ihre Lebenssituationen und ihre Probleme der Lebensführung zählen bzw. überhaupt wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Im ländlichen Raum zeigt sich nicht zuletzt, wie nah Innovation und Niedergang beieinanderliegen können. Eine nachhaltige Gesellschaftspolitik muss dieses Spannungsverhältnis wahrnehmen und ernstnehmen. Soziale Orte bieten Ansatzpunkte und Impulse, die es wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch weiter zu entwickeln gilt.

Literatur

- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017: Daseinsvorsorge sichern, Bonn.
- Berlin-Institut (2019): Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Wüstenrot Stiftung.
- BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«, Berlin: BMI.
- Fina, Stefan/Osterhage, Frank/Rönsch, Jutta/Rusche, Karsten/Siedentop, Stefan/Zimmer-Hegmann, Ralf/Danielzyk, Rainer (2019): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Karten, Indikatoren und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, Philipp/Hennicke, Martin/Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Herbst, Sarah; Neu, Claudia, Nikolic, Ljubica; Mautz, Rüdiger; Reingen-Eifler, Helena; Simmank, Maike; Vogel, Berthold (2020): Das Soziale-Orte-Konzept (Broschüre): www.sofi.unigoettingen.de/fileadmin/Sarah_Herbst/SOK-Magazin_final.pdf
- Hüther, Michael/Südekum, Jens/Voigtländer, Michael (2019): Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, Köln: IW Köln.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2012): Demographische De-Infrastrukturisierung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Heft 1/2012, S. 42-59.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2019): Politik des Zusammenhalts: Über Demokratie und Bürokratie, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft, Bielefeld: transcript.
- Simmank, Maike/Vogel, Berthold (2022): Zusammenhalt als lokale Frage. Vor Ort in Saalfeld-Rudolstadt, Baden-Baden: Nomos.

Vogel, Berthold (2017): Wie geht es weiter in Dorf und Kleinstadt? Demografische Provokationen und neue Konflikte um Daseinsvorsorge. In: *Georgia Augusta* 10/2017, S. 16-27.

